

# Denkpause

⊕ Europas »Dritter Weg« S. 2 ⊕ Patente auf Leben? S. 3 ⊕ »Ich werde alles sagen« S. 5 ⊕ Kampf gegen Extremismus S. 5 ⊕ Echelon is watching you S. 5 ⊕ Bewaffneter Arm der EU S. 6 ⊕ Termine S. 6

**02.00**  
**22.02.00**  
**Nr. 4**

Zwischen Kapitalismus und Marktwirtschaft

## Europas »Dritter Weg«



Die portugiesische Ratspräsidentschaft hat das Thema Sozial- und Beschäftigungspolitik ganz oben auf die Tagesordnung gesetzt. Für den März ist in Portugal ein Sondergipfel »Employment, Economic Reform and Social Cohesion« angesetzt. Der Zweck des Gipfels ist es, Europa zu befähigen, den weltweiten Wettbewerb anzuführen, wie der portugiesische Außenminister Jaime Gama im Januar vor dem Europäischen Parlament verkündete.

[>>> Seiten 2+3]

### Lieber LeserIn,



in Österreich ist die rechte FPÖ mit in der Regierung. Das ist schlimm, und alle Kritik daran ist berechtigt. In den Diskussionen in Brüssel hatte ich

aber auch den Eindruck, daß die Regierungsbildung für einige ganz günstig ist: Sie haben einen gemeinsamen, noch rechteren Feind, der das eigene Vorgehen dann schon wieder als konservativ und bürgerlich erscheinen läßt. In Österreich ist nicht nur die FPÖ für die rechte Politik zuständig. In Wien werden die Wohnungen der Gemeinde grundsätzlich nicht an AusländerInnen vermietet, der SPÖ-Bürgermeister befürwortete das. In Deutschland muß man sich inzwischen vom Sozialdemokraten Otto Schily die Forderung nach einer erneuten Änderung des »Asylrechts« anhören und Oskar Lafontaine beschreibt in seinem Buch stolz, wie er sich um die Änderung von 1993 verdient gemacht hat. In vielen Gegenden Deutschlands trauen sich undeutsch aussehende Menschen nicht auf die Straße. Die dänische Regierung verschärft ihre Abschiebepolitik. Würde ein FPÖ-Minister heute eine solche

[Fortsetzung >>> Seite 2]

Intellektuelle Eigentumsrechte der WTO

## Patente auf Leben?

Die WTO will den Handel weltweit liberalisieren – allerdings nur in den Bereichen, in denen es für die Industriemultis gut ist. In der Frage der intellektuellen Eigentumsrechte nimmt sie eine andere Position ein. Das Wissen um genetische Informationen soll dem Besitzrecht der Industrie vorbehalten bleiben, obwohl traditionelles Wissen und biologische Ressourcen zum Großteil aus den »Entwicklungsländern« kommen. [>>> Seiten 3+4]

## Echelon is watching you

[>>> Seite 5]

## Bewaffneter Arm der EU

[>>> Seite 6]

### Fortsetzung von Seite 1

Äußerung machen, wie wir sie von der bürgerlichen, konservativen und rot-grünen Mitte Europas gewohnt sind, er müßte vielleicht zurücktreten. Würde ein abgeschobener Mensch im Flugzeug an einer »Beruhigungsspritze« des Grenzschutzes sterben, würde eine österreichische Koalition vielleicht platzen. Auch in der Globalisierungsdiskussion treten immer wieder rechtsnationale Kräfte auf, die die Nationalstaaten für ihr »Volk« bewahren wollen. Nicht alle, die gegen die WTO oder gegen den Neoliberalismus kämpfen, sind fortschrittliche Kräfte. In einigen Gruppen des deutschen »Nationalen Widerstand« wurde in den vergangenen Tagen diskutiert, ob man sich an den Aktionen gegen die EXPO2000 beteiligen soll. Wir sollten das für unseren emanzipatorischen Kampf berücksichtigen und müssen in Zukunft verstärkt antinationalistische Aspekte miteinbeziehen. Unser Protest darf nicht nationalkompatibel sein.

Den Ehrenvorsitz in der CDU hat Helmut Kohl abgegeben. Ehrenbürger des Landes Berlin und der Europäischen Union – davon gibt es nur noch einen anderen, Jean Monnet – ist Kohl bisher noch. Aus meiner Fraktion heraus ist die Initiative ergriffen worden, ihm die Ehrenbürgerschaft abzuerkennen. Ich werde dagegen stimmen, wie das auch der Landesverband meiner Partei in Bezug auf die Berliner Ehrenbürgerschaft empfohlen hat. Helmut Kohl hat in der antikapitalistischen Bildungsarbeit große Verdienste erworben. Wer sonst hätte so glaubhaft zeigen können, daß die Wirtschaft in Deutschland politische Entscheidungen einkauft. Auch die Bedeutung des Bundestages wurde durch sein Ehrenwort noch einmal verdeutlicht. Ein Ehrenwort gegenüber Wirtschaftsbossen gilt mehr, als ein mehrfach ausgesprochener Amtseid auf die sogenannte freiheitlich-demokratische Grundordnung. Helmut Kohl hat – trotz des harten Gegenwindes der »Bundeszentrale für politische Bildung« – die wahre Funktionsweise der parlamentarischen Demokratie im kapitalistischen System verdeutlicht. Er hat Millionen Menschen von einer falschen Illusion befreit. Dafür hat er die Ehrenbürgerschaft Europas verdient.

**Ilka Schröder**

Kommissarin für Beschäftigung und soziale Angelegenheiten  
[http://europa.eu.int/comm/dg05/index\\_de.htm](http://europa.eu.int/comm/dg05/index_de.htm)

Linkes Onlinemagazin, aktuellste Ausgabe zur »Neuen Mitte«  
<http://www.ornament-und-verbrechen.de>



## Kapitalismus oder Marktwirtschaft?

# Europas »Dritter Weg«

*Die portugiesische Ratspräsidentschaft hat das Thema Sozial- und Beschäftigungspolitik ganz oben auf die Tagesordnung gesetzt. Für den März ist in Portugal ein Sondergipfel »Employment, Economic Reform and Social Cohesion« angesetzt. Der Zweck des Gipfels ist es, Europa zu befähigen, den weltweiten Wettbewerb anzuführen, wie der portugiesische Außenminister Jaime Gama im Januar vor dem Europäischen Parlament verkündete.*

**Bereits kurz vor** der Europawahl traten Tony Blair und Gerhard Schröder mit ihrem Papier »Der Weg nach vorne für Europas Sozialdemokraten.« an die Öffentlichkeit. Das schlechte Wahlergebnis der sozialdemokratischen Parteien in Deutschland und im Vereinigten Königreich konnte sie nicht von ihrem Vorhaben abbringen, die Akkumulationsbedingungen des Kapitals zu Lasten der armen Bevölkerungsschichten weiter zu verbessern.

Sie wollen damit den »Dritten Weg« gehen, der weder Kapitalismus, noch soziale Marktwirtschaft bedeutet. Die ErfinderInnen haben noch keinen anderen Namen als den mit der Nummer gefunden, obwohl es den Ausdruck nun schon seit einigen Jahrzehnten gibt.

Auf einem Sondergipfel in Lissabon wollen die europäischen Regierungen

der »neuen Mitte« im März den EU-weiten Sozialabbau organisieren.

Zuckerbrot und Peitsche – oder euphemistisch ausgedrückt, der »aktivierende Sozialstaat« – ist der wichtigste Pfeiler der Konzepte der »neuen Mitte«. Zuckerbrot gibt es in Form von Lohnsubventionen und anderen Förderprogrammen für die Wirtschaft, die Peitsche droht dem unwilligen »Humankapital«: Wer nicht arbeitet soll auch kein Geld bekommen. Transferzahlungen werden drastisch gekürzt, wenn die Annahme meist untertariflich bezahlter Arbeit (z.B. auf dem Spargelacker oder im Atomkraftwerk) verweigert wird.

Ein wichtiger Aspekt der Ideologie der »Neuen Mitte« ist der Wille zu undemokratischen Lösungen im Konsens. Die gewählte Regierung setzt sich mit noch weniger legitimierte Institutionen

nen wie Arbeitgeberverbänden und Gewerkschaftsbossen an einen Tisch, um im Rahmen eines »Bündnis für Arbeit, Ausbildung und Wettbewerbsfähigkeit« die Reduzierung der Unternehmenssteuern, Lohnnebenkosten und die Aushebelung des gewerkschaftlichen Tarifvertragsrechts zu beschließen. Dabei soll ein staatlich geförderter Niedriglohnsektor herauskommen.

Auf EU-Ebene nimmt die Europäische Kommission in der Sozial- und Beschäftigungspolitik eine moderierende Funktion zwischen Industrie- und Gewerkschaftsfunktionären ein. Der portugiesische Premierminister António Guterres möchte auf dem Sonderrat die Beschäftigungspolitik nach dem Prinzip der »best-practice« festschreiben. Schröder und Blair meinen mit dem aus der Wirtschaft bekannten Prinzip »Benchmarking« das gleiche: Von denen, die Sozialabbau und Arbeitspflicht am besten umsetzen, können alle anderen etwas lernen. Arbeitspflicht in Dänemark und der »New-Deal« Tony Blairs würde als »best practice« europäischer Standard, weil in der Statistik die wenigsten Arbeitslosen auftauchen.

Nach den Vorstellungen einiger VertreterInnen der »Neuen Mitte« sollen ArbeitnehmerInnen auch noch zusätzlich für eine private Zusatzrente zahlen. Da die GeringverdienerInnen das natürlich nicht können, wird der Abstand zwischen arm und reich im Alter potenziert. Global weht den Neoliberalen inzwischen der Wind ins Gesicht. Nach den Anti-WTO-Aktionen in Seattle kam es auch im beschaulichen Davos beim Weltwirtschaftsforum zu

Protesten. Die Tatsache, daß die ReguliererInnen nicht nur weltweit und national, sondern auch auf EU-Ebene vorgehen, ist manchen aber noch nicht genügend bewußt geworden. Viele Linke gehen davon aus, daß die französischen SozialistInnen den »Dritten Weg« ihrer GenossInnen aus Großbritannien und Deutschland verhindern wollen. Schließlich hatten jene ja ein »Jospin-Papier« gegen Schröder/Blair vorgelegt. Was steckt dahinter? Der französische Philosoph Pierre Bourdieu warnt davor, von den französischen SozialistInnen zu viel zu erwarten. Der Grund, warum Jospin das Schröder/Blair-Papier nicht mitge-

tragen hat, liegt seiner Meinung nach »in der Stärke der sozialen Bewegungen in Frankreich, die es den regierenden Sozialisten nicht möglich macht, die Blairische Modernisierung in gleicher Weise mitzutragen. ...aber im Geiste ist die Sozialdemokratie Frankreichs auf der Seite der Modernisierer.« Auch der französische Europaparlamentarier Alain Krivine (LCR) warnt die deutsche Linke vor der »Liebenswürdigkeit der französischen Sozialdemokraten«. Wegen des günstigen Kräfteverhältnis zwischen Arbeiterklasse und Bourgeoisie »benutzen sie zur Umsetzung neoliberaler Politik soziale Etiketten.« Jospin habe mehr privatisiert als seine zwei oder drei rechten Vorgängerregierungen zusammen. •

**Hält Jospin die Neoliberalen auf?**

## Intellektuelle Eigentumsrechte der WTO

# Patente auf Leben?

*Die WTO will den Handel weltweit liberalisieren – allerdings nur in den Bereichen, in denen es für die Industriemultis gut ist. In der Frage der intellektuellen Eigentumsrechte nimmt sie eine andere Position ein. Das Wissen um genetische Informationen soll dem Besitzrecht der Industrie vorbehalten bleiben, obwohl traditionelles Wissen und biologische Ressourcen zum Großteil aus den »Entwicklungsländern« kommen.*

**Der Vertrag über** die »Trade Related Intellectual Property Rights« (TRIPs) ist einer der drei Hauptverträge der Welt handelsorganisation (WTO) und regelt die handelsbezogene intellektuelle Eigentumsrechte. Der Vertrag entstand 1995 mit Gründung der WTO und nimmt an Wichtigkeit zu, da der Handel mit nicht-materiellen Gütern gegenüber

dem mit herkömmlichen Ressourcen zunimmt. Ursprünglich als Schutz gegen Produktpiraterie und Fälschungen gefordert, stand am Ende ein Abkommen, das alle handelsrechtlichen Aspekte des Immaterialgüterrechtes (intellektuelles Eigentum) betrifft. Dabei verwendeten die Industrienationen, insbesondere die USA, den Begriff in der denkbar weitesten Auslegung: Ihrer Meinung nach gab und gibt es in diesem Zusammenhang kaum eine Frage, die nicht handelsbezogen ist.

Auf Druck der Industrieländer wurden mit TRIPs zwei wesentliche Neuerungen im Patentrecht eingeführt: Zusätzlich zu der bisherigen Patentierbarkeit von Verfahrenstechniken zur Herstellung von Produkten wurde nun auch der Schutz der eigentlichen Erzeugnisse in Form von Sachpatenten zugelassen. Das ermöglichte den Stoffschutz für Lebensmittel und Medikamente – besonders wichtig natürlich für westliche Pharma-, Agribusiness- und Chemiekonzerne. Seitdem versuchen Entwicklungsländer eine Ausnahmeregelung für bestimmte Arz-

**Wie funktioniert »Biopiraterie«?**  
Die überwältigende Mehrheit der Kenntnisse über die Nutzung der Artenvielfalt ist Teil des traditionellen Wissens der »indigenous peoples« von Nord bis Süd und Ost bis West. Kartoffeln, Mais und Reis aus den traditionellen lokalen Züchtungen sind zum Beispiel von höchstem Interesse für die Biotechnologie-Industrie. Besitzen sie doch in der Regel Eigenschaften wie Resistenz gegen extreme Temperaturen, Trockenheit oder Krankheiten. Geringfügige genetische Manipulationen genügen bereits, um eine Kommerzialisierung per Patent möglich zu machen. Im medizinischen Bereich suchen von der Biotechnologie-Industrie entsandte »Bio-Prospektoren« nach traditionellen Heilmitteln, die Wirkstoffe der lokalen Flora und Fauna verwenden. Mit diesem Wissen und den entsprechenden Genproben ausgestattet, können sie ihren Auftraggebern wieder einmal eine neue pharmazeutische Goldgrube aushändigen. Für die kommerzielle Herstellung des Produktes kann flugs ein Patent zum Schutz des »intellektuellen Eigentums« des Pharma-Konzerns erworben werden.



## [Sozialpolitik]

**Ilka Schröder fordert:**

- **Der Widerspruch** zwischen arm und reich kann nicht von Regierungen und Regierungskonferenzen aufgelöst werden. Erforderlich ist ein Aufbruch von unten gegen die Kapitalisierung der Gesellschaft von oben.
- **Die ruinöse** und existenzgefährdende Logik des Shareholder-Kapitalismus muß durch ein Modell ersetzt werden, in dem statt der marktwirtschaftlichen eine politische Steuerung möglich ist. Dabei dürfen sich Betroffene nicht nur auf ihre StellvertreterInnen verlassen, sondern müssen selbst aktiv werden.
- **Es gibt viele** schöne Plätze in Europa. Die schönsten sind nicht unbedingt Arbeitsplätze. Ein gutes finanzielles Auskommen für alle (nicht nur für EU-BürgerInnen) ist wichtiger als mehr Arbeitsplätze.

neien durchzusetzen – und scheitern regelmäßig am Nein der Industrieländer. Die zweite wesentliche Neuerung gab dem Inhaber eines Verfahrenspatentes das Recht, auch die unmittelbar durch das Verfahren hergestellten Erzeugnisse als sein intellektuelles Eigentum schützen zu lassen. Außerdem ist er berechtigt, sowohl Verbote von Parallelimporten als auch Importverbote von Produkten, die das Patent verletzen, zu veranlassen. Mit einem Sachpatent sind dessen Inhaber von vornherein alle Herstellungs- und Benutzungsmöglichkeiten des Produktes vorbehalten. Patente können auch die zur Herstellung des Erzeugnisses benötigten oder im Produkt enthaltenen genetischen Informationen umfassen. Die generelle Mindestdauer des Patentschutzes beträgt 20 Jahre.

Das Wissen und die Ressourcen dieser Welt inklusive genetischer Informationen sollen so zu jahrelangem exklusivem Besitzrecht der Industrie avancieren können. Die Verlierer sind – wie so oft – die Entwicklungsländer und die »indigenous peoples« weltweit:

Deren traditionelles Wissen und biologische Ressourcen enden als Patente westlicher Konzerne. Vor allem traditionelle Medizin und Landwirtschaft sowie genetische Ressourcen allgemein sind davon betroffen.

Ein Beispiel: 90 Prozent der biologischen Ressourcen kommen aus den Ländern des Südens, aber 97 Prozent aller Saatgut-Patente liegen bei Unternehmen aus den Industriestaaten.

Da die Revision des hierfür besonders relevanten TRIPs-Artikels 27.3(b) in Seattle dank der gar nicht erst zustande gekommenen Handelsrunde nicht diskutiert werden konnte, darf mensch auf die nächste Sitzung des TRIPs-Rats Ende März gespannt sein.

Wichtige Punkte sind unter anderem die erneute Frage nach der Patentierbarkeit von Lebensformen sowie eine Abgleichung der TRIPs-Bestimmungen zum Schutz von intellektuellen Eigentumsrechten mit den entsprechenden Artikeln der Konvention zum Schutz der Biologi-

schen Vielfalt (Artenschutzabkommen). Im Mittelpunkt stehen dabei die Interessen der Biotechnologie-Industrie.

Artikel 27.3(b) regelt die Patentierbarkeit von Leben und biologischen Reproduktionsprozessen. Noch ist es Staaten erlaubt, Pflanzen und Tiere (allerdings keine Mikro-Organismen) von der Patentierbarkeit auszuschließen. Dies wird möglicherweise geändert.

Die USA haben bereits informell verlauten lassen, daß die Debatte über Patente auf Leben für sie noch nicht vorbei sei. Dagegen sollten nach Ansicht der afrikanischen Staatengruppe Pflanzen, Tiere und auch Mikro-Organismen überhaupt von der Patentierbarkeit ausgeschlossen werden. Eine der Gretchenfragen dieser Diskussion wird lauten: Sollen erfundene, d.h. von Menschen (gen-)technisch hergestellte Lebensformen patentierbar sein? Eine erfundene Lebensform kann dabei durchaus mit der natürlichen (Pflanze, Tier oder gar Mensch) identisch sein – sie muß nur einen gentechni-

schon Eingriff nachweisen. Die EU bezieht sich in diesem Punkt auf die im letzten Jahr von der Biotechnologie-Industrie durchgedrückte »Patentierungsrichtlinie« zum rechtlichen Schutz biotechnologischer

Erfindungen. Zur Gretchenfrage heißt es hier: Mit der Natur identisches gentechnisch hergestelltes oder gentechnisch isoliertes biologisches Material ist patentierbar. Dasselbe gilt für Gruppen gentechnisch veränderter Pflanzen und Tiere. Sollten wir Herrn Orwell also doch wieder aus der Bücherkiste holen?

Nicht auf der Tagesordnung stehen bisher die Monopolisierungstendenzen des TRIPs-Abkommens. Entgegen der unbegrenzten Liberalisierung des Welthandels, dem sich die WTO im Rahmen des GATT-Systems verschrieben hat, zielt TRIPs auf den Schutz von Immaterialgütern durch rechtliche Monopolisierung. Das führt unweigerlich zu einem Interessenskonflikt. Heißt es nicht, die Liberalisierung der Weltwirtschaft sei das einzige

Mittel zur Armutsbekämpfung? Weil es den Multis dient, wird dieses (falsche) Prinzip an der falschen Stelle außer Kraft gesetzt. ◦

**Alle Macht den Patenten?**

**Verletzt TRIPs die WTO-Regeln?**

*Der Begriff »indigenous peoples« wird im Original verwendet, da jeder Übersetzungsversuch (z.B. »Völker«) den Ausdruck verkürzen würde. Der deutsche Begriff stützt sich auf das nationalistische Konzept »Volk«, das nicht in ein emanzipatorisches Vokabular paßt.*

**Verkauft**

## »Ich werde alles sagen«

**Untergetauchte Militante** müssen sich warm anziehen. Der grüne Europaabgeordnete Cohn-Bendit bekundete gegenüber der »FRANKFURTER RUND-SCHAU« (3.2.00) die Bereitschaft, umfassend auszusagen. Wohin das führen kann, zeigen die Aussagen des jahrelang von ihm unterstützten Hans-Joachim Klein. Nach übereinstimmenden Berichten von »FOCUS« und »INTERIM« betätigt sich Klein als Verräter früherer GesinnungsgenossInnen. Weitere UnterstützerInnen des Attentates auf die

Wiener OPEC-Konferenz konnten durch seine Plaudereien festgenommen werden. Gegen Cohn-Bendit ermittelt jetzt die Frankfurter Staatsanwaltschaft wegen Strafvereitelung. Seine Ankündigung »Ich werde alles sagen« kann für Beteiligte aus dem Umfeld des Frankfurter »Fischer-Clan« bittere Folgen haben. Besonders gefährlich ist die Lage für diejenigen, die ohne eine Ernennung zum Außenminister ihren Menschenrechtsforderungen mit Bomben Nachdruck verliehen haben. ◦

## Kampf gegen Extremismus

**Die Parlamentarische** Versammlung des Europarates hat einen Bericht des dänischen Sozialdemokraten Henning Gjellerod zu politischem Extremismus angenommen. Er betont, daß »die Verleugnung des nazistischen Völkermordes überall in Europa Bestandteil der Reden kleiner linksextremistischer Gruppen ist«. Möglicherweise sind damit Reden von RepräsentantInnen von Bündnis 90/Die Grünen

gemeint, die während des Kosovo-Krieges Holocaust-Vergleiche anstellten. Shoa-Überlebende hatten sich in einem offenen Brief an die Minister Rudolf Scharping und Joschka Fischer »gegen eine neue Art der Auschwitz-Lüge« gewandt: »Sich als Begründung für einen solchen Krieg auf Auschwitz zu beziehen, ist infam« (veröffentlicht als Anzeige in der Frankfurter Rundschau v. 23.4.1999). ◦

## Echelon is watching you

**Das Echelon-Netz**, das von Großbritannien, den USA, Kanada, Australien und Neuseeland betrieben wird, spioniert weltweit Telefongespräche, Faxe und eMails aus. Das ist zwar nicht neu, jedoch wurde die Existenz des Systems jetzt erstmals von den Betreibern zugegeben. Echelon ist auf nichtmilitärische Ziele spezialisiert und verschafft den Industriebranchen der Betreiberstaaten Wettbewerbsvorteile gegenüber denen der abgehörten Staaten. Der Ausschuß für Freiheiten und Rechte der Bürger des Europaparlaments veranstaltet am 22. und 23. Februar in Brüssel eine Anhörung über vier Berichte des wissenschaftlichen Parlamentsdienstes zu diesem Thema. Die Abgeordnete-

diese Denkpause gedruckt wird, stimmt das Parlament in Straßburg über einen Bericht zum Europäischen Rechtshilfeabkommen ab. Hierin wollen die Regierungen auch die Möglichkeit der eMail- und Telefonüberwachung integrieren, nachdem Geheimberatungen einer polizeilichen Arbeitsgruppe »Enfopol« bekannt geworden und der Öffentlichkeit kaum noch zu vermitteln sind. Enfopol darf aber nicht als technisches Pendant zu Echelon verstanden werden. Viel schlimmer: Konservative Vorstellungen zum Rechtshilfeabkommen oder Enfopol würden die legale Basis für das, was Echelon seit Jahren macht, schaffen. Gute Übersicht zum Thema Datenüberwachung und Enfopol: <http://www.heise.de/tp/deutsch/special/enfo/default.html>. PGP-Schlüssel für Nachrichten an Ilka Schröder gibt es auf [www.ilka.org](http://www.ilka.org) ◦

## Schulen gehen Online

**T-Online will nach** Sonderangeboten für JournalistInnen jetzt allen Schulen Deutschlands einen kostenlosen Internetzugang verschaffen.

Bevor Bundeskanzler Gerhard Schröder dieses Angebot annehmen durfte, war bereits eine Kooperation mit AOL im Gespräch. Bundesbildungsministerin Edelgard Bulmahn signalisierte Gesprächsbereitschaft.

»Denkpause« fragte bei ihr nach, aus ihrer Pressestelle kam bis Redaktionsschluß (fünf Tage später) keine Antwort auf neun Fragen zur Aktion. Es ist bedenklich, wenn SchülerInnen bundesweit dazu gezwungen werden, mit einem bestimmten Provider ins Internet zu gehen. Wettbewerbsverzerrungen könnten hier ebenso stattfinden wie einfachere Zensuraktionen des Riesen-Providers. T-Online könnte es darum gehen, andere Zugangsprovider vom Markt zu verdrängen. Wer in jungen Jahren einmal die T-Online-CD in die Hand gedrückt bekommt und eine eMailadresse @t-online.de hat, surft vielleicht das ganze Leben lang mit dieser Firma. Und Mama, Papa, Oma und Onkel schieben auch lieber die CDs in den PC, die der Nachwuchs aus der Schule mitbringt, als daß sie sich nach anderen Providern umgucken.

Den gigantischen Werbefeldzug auf dem Rücken der Schulen auch noch als Engagement für die Bildung zu verkaufen, ist aber eine gute Idee. Fehlt nur noch, daß »Mac Burger« alle deutschen Schulen mit Gratisverpflegung versorgt. ◦

## Spenden für die Parteiarbeit

**Der internationale** Solifonds (ISF), mit dem die Grünen bisher die Arbeit von »Dritte Welt«-Projekten finanziert haben, soll auf dem nächsten Bundesparteitag (17. – 19. März in Karlsruhe) jahrelang ausgesetzt oder abgeschafft werden.

Die Abgeordneten spenden einen Teil ihrer Diäten bisher für den Fonds. Die Wahlergebnisse der Grünen sind in jüngster Zeit aber so schlecht gewesen, daß die Partei das Geld dringend selbst braucht, meinen die BefürworterInnen des Abschaffens. »Aus der Gallionsfigur, mit der sich die Partei Mitte der 80er Jahre der internationalistischen und entwicklungspolitischen Szene empfahl, ist ein ungeliebtes Kind geworden, das sang- und klanglos aus der Welt geschafft wird.« heißt es dagegen auf den WWW-Seiten der Initiative »Basisgrün«. [www.basisgruen.de/bund/Solifonds/index.html](http://www.basisgruen.de/bund/Solifonds/index.html) ◦

*Auf einen Blick:*

*Ilka Schröder MdEP  
[www.ilka.org](http://www.ilka.org)  
[schroeder@ilka.org](mailto:schroeder@ilka.org)*

*Postfach 080417  
10004 Berlin  
Deutschland  
Fon +49.30.2096 1340  
Fax +49.30.2096 1356  
[berlin@ilka.org](mailto:berlin@ilka.org)*

*Tilman Heller  
[heller@ilka.org](mailto:heller@ilka.org)*

*Rue Wiertz ASP 8 G 253  
1047 Bruxelles  
Belgien  
Fon +32.2.284.74 49  
+32.2.284.94 49  
[bruxelles@ilka.org](mailto:bruxelles@ilka.org)*

*Andreas Gebhard  
[gebhard@ilka.org](mailto:gebhard@ilka.org)*



## Bewaffneter Arm der EU

Text der Europaabgeordneten Elisabeth Schroedter (Grüne) »Militarisierung der EU« (Stand Herbst 1999);

[http://userpage.fu-berlin.de/~ami/ausgaben/1999/t11-99\\_5.htm](http://userpage.fu-berlin.de/~ami/ausgaben/1999/t11-99_5.htm)

Informationsstelle Militarisierung:  
[www.imi-online.de](http://www.imi-online.de)

WEU: [www.weu.int](http://www.weu.int)

NATO: [www.nato.int](http://www.nato.int)

Im Schnelldurchlauf wollen die europäischen Verteidigungsminister über den Aufbau der militärischen »selbständigen Kapazität« verhandeln. Bereits in Helsinki wurde beschlossen, daß diese militärische Operationen beschließen, einleiten und durchführen können soll. Im Jahr 2003 soll sie in der Lage sein, 50.000 bis 60.000 SoldatInnen innerhalb von 60 Tagen zu mobilisieren und bis zu einem Jahr lang einzusetzen. Am 28.März treffen sich die EU-Verteidigungsminister in Sintra bei Lissabon, um über diese Hauptziele (»headline goals«) weiter zu verhandeln.

Die EU will ihre Armee »dort einsetzen, wo die NATO als solche nicht engagiert ist«, kündigte Javier Solana auf der Wehrkunde-Tagung Anfang Februar in München an. Er stellte fest, daß auch die NATO »einzigartige Stärken und Vorteile besitzt, die von der ganzen Welt, auch von den Europäern, anerkannt werden«. In Rußland sieht man

die Sache wohl anders, denn dort wird der Militäretat um 50 Prozent erhöht. Gegen eine NATO, die sogar gegen das geltende Völkerrecht verstößt, scheint das der russischen Regierung die einzig angemessene Maßnahme zu sein. Die Kriegsindustrie freut sich, daß wieder mehr Dampf in die Weltpolitik gekommen ist. Nicht einmal Geldkoffer sind dazu noch nötig. ●

Papierkörbe brauchen keine Denkpausen! Ihre Denkpause wird ungelesen dem Recycling zugeführt? Bitte sagen Sie kurz Bescheid – u.a. der Umwelt zuliebe: Telefon (030) 209613-40, Fax -56, [abomail@ilka.org](mailto:abomail@ilka.org). Bitte nennen Sie jene Daten, die auf dem Etikett stehen, ich streiche Sie aus dem Verteiler.

## Praktikum in Brüssel

Für Studierende, die bereits politische Erfahrungen gesammelt haben, besteht die Möglichkeit, ein Praktikum in meinem Büro in Brüssel zu machen. Genauere Infos stehen unter [www.ilka.org/praktikum](http://www.ilka.org/praktikum). Es empfiehlt sich, schnell zu reagieren, denn die Bewerbungsfrist läuft am Freitag (25.2.2000) ab. ●

## Europa goes Internet

Im Europäischen Parlament werden in den nächsten Wochen und Monaten mehrere Vertragswerke über die Zukunft der Informationsgesellschaft diskutiert und verabschiedet. Schon in zweiter Lesung liegt die Richtlinie über bestimmte rechtliche Aspekte des elektronischen Geschäftsverkehrs im Binnenmarkt (e-commerce Richtlinie) den Ausschüssen des Europäischen Parlaments vor. In dieser Debatte wird es vor allem um den Grad der Deregulierung des Internetmarktes und um die Frage nach dem Gerichtsstand bei Auseinandersetzungen zwischen Anbieter und Käufer bei Rechtsstreitigkeiten gehen. Der zweite große Programmpunkt im Internetreigen in Brüssel stellt die Initiative »E-Europa – Eine Informationsgesellschaft für alle« der Kommission dar. Diese wurde im Dezember vorgelegt und ist eine Mitteilung an den Europäischen Sondergipfel zum Thema Beschäftigungspolitik am 23. und 24. März in Lissabon. Die Initiative beinhaltet zehn Projektpunkte rund um das Informationszeitalter. Unter anderem geht es um Regierung am Netz, Intelligente Chipkarten, Risikokapital und Verkehrsleitsysteme. Klarer Schwerpunkt ist die Förderung der Jugend. So heißt der erste Punkt »Europas Jugend ins digitale Zeitalter« und der zweite Punkt »Billigerer Internetzugang«. Wir verschicken den Text bei Anfrage an [medien@ilka.org](mailto:medien@ilka.org) gerne als E-mail und freuen uns über Kommentare zur Initiative. ●

## Termine

- Ⓞ 24.02.2000, München / Siemens-Aktionärs-Hauptversammlung und Anti-Atom-Aktionen  
[www.siemens-boykott.de](http://www.siemens-boykott.de)
- Ⓞ 03. – 05.03.2000, München / Seminar: Expo 2000 – Infos zur Weltausstellung und zum Widerstand  
Kontakt: Anti-Expo-AG München, c/o Infoladen, Breisacher Str. 12
- Ⓞ 05.03.2000, Kassel / Realo-Treffen, Haus der Bruderhilfe, Kölnische Str. 108-112. Themen: Politische Situation nach S-H, BDK-Vorbereitung incl. Personal- und Strukturentscheidungen, Atompolitik
- Ⓞ 08.03.2000 / Internationaler Frauenstreik international und dezentral  
<http://wkweb5.cableinet.co.uk/womensglobalstrike>
- Ⓞ 17. – 19.03.2000, Karlsruhe / Ordentliche Bundesdelegiertenkonferenz BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Schwarzwaldhalle  
[www.gruene.de](http://www.gruene.de)
- Ⓞ 24. – 26.03.2000, Nordrhein-Westfalen / Seminar: Expo 2000 – Infos zur Weltausstellung und zum Widerstand  
[www.jungdemokratinnen.de](http://www.jungdemokratinnen.de)
- Ⓞ 31.03 – 02.04.2000, Mühlheim / Anti-Atom-Frühjahrskonferenz
- Ⓞ 01.05.2000, überall / Dezentraler Global Action Day gegen Neoliberalismus und Expo 2000
- Ⓞ 05. – 07.05.2000 / Seminar: Der nächste Krieg ist immer der schönste. Wen greift Deutschland im Mai 2000 gerade an?  
[www.junge-linke.de](http://www.junge-linke.de)
- Ⓞ 27.05. – 04.06.2000 / »Hannover begrüßt die EXPO« – Aktionswoche
- Ⓞ Interessante Termine von überregionaler Bedeutung nehmen wir gerne in die Terminübersicht auf und bitten um Mitteilung an: [berlin@ilka.org](mailto:berlin@ilka.org). Aktuelle Terminliste unter: [www.ilka.org/termine.html](http://www.ilka.org/termine.html)

